

Für eine inklusive und solidarische Gesellschaft – Rechte unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter schützen - Positionierung Fluchtraum Bremen e.V.-

Wir nehmen wahr, dass der Diskurs über Migration zunehmend von Rassismus, Hass und Hetze geprägt ist. Schutzsuchende werden entmenschlicht und als Bedrohung dargestellt. Dieser rassistischen Rhetorik stellen wir uns entschlossen entgegen. Deutschland muss eine Gesellschaft bleiben, die auf Vielfalt und Gerechtigkeit basiert! Statt unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten faire Perspektiven zu bieten, hat sich ihre Situation in den letzten Jahren leider massiv verschlechtert. Gesetzesverschärfungen wie das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ (2023) erleichtern Abschiebungen für ausreisepflichtige Personen – auch für junge Menschen -, die oft jahrelang in Deutschland gelebt haben. Bleiberechtsregelungen sind unzureichend, so dass selbst gut integrierte junge Menschen in ständiger Unsicherheit leben. Ihr Recht auf eine sichere Zukunft wird durch kurzfristige Duldungen und drohende Abschiebungen ausgehöhlt.

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete gehören zu den besonders schutzbedürftigen Personengruppen. Doch aufgrund der aktuellen restriktiven Migrationspolitik werden Kinderrechte missachtet, anstatt diese im Hinblick auf kindgerechte Unterbringung, Bildung und Gesundheitsversorgung auszubauen und abzusichern. Statt in regulären Jugendhilfeeinrichtungen gemäß dem Sozialgesetzbuch VIII betreut und begleitet zu werden, sind bundesweit viele junge Menschen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Diese sind jedoch nicht auf ihre besonderen Bedürfnisse ausgerichtet. Auch der Zugang zu medizinischer Versorgung bleibt für viele unzureichend, da sie nur eine Notfallversorgung erhalten. Und der Mangel an rechtlicher Unterstützung und fehlende Perspektiven führen dazu, dass viele junge Menschen in ständiger Angst und Unsicherheit leben – anstatt in einem Umfeld, das ihnen Schutz und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Hinzu kommt die zunehmende soziale Ausgrenzung, etwa durch die Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber:innen, mit der die finanzielle Selbstbestimmung der jungen Menschen stark eingeschränkt wird.

Fluchtraum Bremen e.V. setzt sich für eine Asyl- und Migrationspolitik ein, die die besonderen Schutzbedarfe unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter achtet. Wir schließen uns den **Forderungen von Jugendliche ohne Grenzen (JoG) und dem Bundesfachverband umF (BumF) anlässlich der Bundestagswahl 2025** an.

Als Fluchtraum Bremen e.V. fordern wir insbesondere:

1. Stärkung des Rechts auf Asyl und Gewährleistung fairer Verfahren

Das Recht auf Asyl muss gestärkt und durch faire, zügige und transparente Verfahren sichergestellt werden. Jeder junge Mensch muss Zugang zu einem gerechten und umfassenden Asylverfahren haben, das individuelle Umstände sowie Schutzbedarfe vulnerabler Gruppen konsequent berücksichtigt. Schnellere Verfahren und eine faire sowie sorgfältige Prüfung von Schutzansprüchen sind notwendig, damit junge Menschen eine Perspektive für die Zukunft erhalten.

2. Kindeswohl vor Migrationspolitik

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 27 UN-Kinderrechtskonvention). Unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die besonderen Schutz benötigen (Art. 20, 22 UN-KRK), müssen sicher und würdig untergebracht werden. Junge Menschen benötigen bundesweit eine geschützte Umgebung, die ihre Gesundheit, Würde und Entwicklung fördert. Statt in Sammelunterkünften sollten sie in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, die Zugang zu Bildung und psychosozialer Betreuung bieten und ihre soziale Integration unterstützen.

3. Keine Abschiebungen aus Kirchen und anderen Schutzräumen

Kirchenasyl ist eine humanitäre Schutzmaßnahme für besonders gefährdete Menschen. Ebenso müssen auch andere Schutzräume wie Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Krankenhäuser respektiert werden. Wir fordern, dass Abschiebungen aus solchen sensiblen Orten grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Praxis, Schutzsuchende aus diesen Einrichtungen abzuschieben oder das Kirchenasyl zu kriminalisieren, widerspricht humanitären Grundsätzen und gefährdet die Schutzbedürftigsten – darunter auch unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Schutzräume müssen sicherstellen, dass Menschen in Not vor Abschiebung und weiteren Gefahren geschützt sind.

4. Keine Abschiebungen von jungen Menschen in unsichere Verhältnisse

Nach Erreichen der Volljährigkeit müssen junge Menschen Bleibeperspektiven erhalten, um ihre Bildungs- und Integrationsprozesse fortzusetzen. Wir fordern eine langfristige Bleiberechtsregelung für junge Menschen, um ihre Integration und Entwicklung zu ermöglichen. Junge Menschen dürfen nicht in unsichere Herkunfts- oder Drittstaaten abgeschoben werden, in denen sie Gefahr laufen, Opfer von Gewalt oder Ausbeutung zu werden. Eine Abschiebung gefährdet ihre Sicherheit und Zukunftsperspektiven.

5. Schnellere und erleichterte Familienzusammenführung

Viele unbegleitete junge Menschen sind von ihren Familien getrennt, was ihre Situation erheblich belastet. Die aktuellen bürokratischen Hürden beim Familiennachzug müssen abgebaut werden, um eine schnelle Wiedervereinigung mit ihren Eltern oder Geschwistern zu ermöglichen. Ein erleichterter Familiennachzug ist entscheidend für

die emotionale Stabilität und das Wohlbefinden der jungen Geflüchteten. Die Bürokratie muss vereinfacht und schnelle Entscheidungen ermöglicht werden, um den betroffenen Familien die Unterstützung zu geben, die sie für eine erfolgreiche Integration benötigen.

Forderungen des BumF und JoG, denen wir uns anschließen:

- **Recht auf Asyl stärken und faire Asylverfahren gewährleisten**
- **Bleiberecht statt Abschiebungen, insbesondere für junge Menschen**
- **Unkomplizierte Familienzusammenführungen für alle geflüchteten Menschen – auch für subsidiär Schutzberechtigte**
- **Berücksichtigung der Rechte und Bedarfe geflüchteter junger Menschen im SGB VIII**
- **Gleicher Zugang zu medizinischer und therapeutischer Versorgung**
- **Wirksame Strategien gegen Rassismus, Mehrfachdiskriminierungen und rassistische Gewalt**
- **Gute Bildung von Anfang an – auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche**
- **Recht auf Wohnen für junge geflüchtete Menschen in Jugendhilfeeinrichtungen**
- **Bedarfsgerechte rechtliche Vertretung**
- **Schluss mit der diskriminierenden Bezahlkarte**
- **Kinderrechtskonforme europäische Migrationspolitik**

Das Forderungspapier des BumF und JoG als pdf findet ihr hier: <https://bumf.de/p/forderungen-von-jog-und-bumf-anlaesslich-der-bundestagswahl-2025/>

Aufruf an die demokratischen Parteien zum Anlass der Bundestagswahl 2025

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, sich für eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik einzusetzen. Die Rechte unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter müssen konsequent geschützt und gestärkt werden.

Deutschland muss sich entschieden gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellen und für eine inklusive Gesellschaft eintreten. Es ist an der Zeit, eine Politik zu gestalten, die auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit basiert – für eine Zukunft, in der Schutz und Solidarität an erster Stelle stehen.

Februar 2025, Bremen